

GRIECHENLAND: VON DER WIRTSCHAFTSKRISE ZUR STAATSPLEITE

Als im Herbst 2008 Börsenkrach und Bankenzusammenbrüche die gesamte Weltwirtschaft erschütterten, ging es innerhalb der politischen Schalthebel der kapitalistischen Welt in erster Linie darum, die verheerenden Auswirkungen der Finanzkrise auf die reale Wirtschaft zu verhindern, bzw. zu minimieren. Zu diesem Zweck wurden milliardenschwerde Konjunkturprogramme beschlossen. Aus der "öffentlichen Kasse" flossen große Summen von Finanzspritzen auf die Konten der Finanzinstitute und großen Konzerne, die durch Finanzkrise erschüttert wurden. Dank Staatshilfen und der Vergabe fast zinsloser Kredite durch die Zentralbanken konnte die Finanzwelt weitgehend restabilisiert und die Verluste der Konzerne eingedämmt werden.

Mit massiven staatlichen Hilfen konnten viele Unternehmen wieder in die Gewinnzone gelangen.

Als Ende 2009 die Hiobsbotschaften über die Entwicklung der Finanzwelt und der realen Wirtschaft durch positive Signale und Erwartungen ersetzt wurden, platzte Anfang 2010 eine weitere explosive Nachricht, nämlich dass das EU-Mitglied Griechenland faktisch pleite, d.h. zahlungsunfähig war.

Die Gesamtschulden Griechenlands (sowohl die Schulden der öffentlichen Hand als auch die Schulden des privaten Sektors) hatten 300 Milliarden € erreicht. Wenn man bedenkt, dass das Bruttoinlandprodukt (BIP) Griechenlands 2009 250 Milliarden € betrug, dann sieht man, dass Griechenland mit 125 % seines BIPs, d. h. bis zur Halskrause verschuldet war. Dazu kommt die Tatsache, dass Griechenland unter den Euro-Ländern das höchste Haushaltsdefizit - 12,7 % 2009 - aufwies. Ein ähnlich tragisches Niveau konnte man bei dem griechischen Leistungsbilanzdefizit ablesen: Das Leistungsbilanzdefizit Griechenlands betrug 2008 minus 14,7 %.

Die Schuldenkrise war für die größten Gläubiger Griechenlands (darunter in erster Linie der deutsche Imperialismus) und für das IWF ein weiteres gefundenes Fressen, um die Abhängigkeit der griechischen Wirtschaft und des griechischen Staates sowie die Ausplünderung der materiellen und menschlichen Ressourcen Griechenlands voranzutreiben.

Das Abhängigkeitsverhältnis Griechenlands von den imperialistischen Großmächten bzw. von den internationalen Finanzinstitutionen wie vom IWF oder von der Europäischen Zentralbank erreichte im Laufe der "Krisenbewältigung" eine neue Dimension: Die faktisch unmittelbare Kontrolle vieler grundlegender staatlichen Befugnisse. So gingen z.B. die Finanz- und Sozialpolitik, die Investitions- und Steuerpolitik in die Hände der imperialistischen Großmächte über. Mittels der Drohung, das Bajonett des Kreditstopps anzusetzen, diktierten diese dem griechischen Staat, wieviele öffentliche Arbeitsplätze verträglich wären, wie hoch die Löhne und Gehälter sowie die Renten der Beschäftigten sein dürften bzw. in welche Höhe die Mehrwertsteuer noch getrieben werden muss. Das Niveau der Unterwerfungspolitik der mächtigen Staaten gegenüber Griechenland ist eine neue Zäsur auch in der "EU-Integrationspolitik". Das bedeutet, dass die Großmächte in der EU die Krise dazu ausnutzen werden, viele wirtschaftlich schwache bzw. finanziell geschwächten Länder in der EU auch formal in eine mehr oder weniger Halbkolonie zu verwandeln.

Der griechischen Regierung wurden von der EU und dem IWF ein radikales

“Sanierungsprogramm“ diktiert, da sonst die griechische Regierung die zur Schuldentilgung dringend erforderlichen Kredite in Höhe von 110 Milliarden € nicht zugesagt bekommen hätte. Die bürgerliche Regierung Griechenlands verabschiedete bereitwillig entsprechende Gesetze, die für alle arbeitenden Klassen Griechenlands nichts Anderes als eine brutale Schocktherapie, hohe Einkommensverluste und neue Steuerbürden bedeutete:

- Bis 2014 sollten die Löhne und Gehälter der Beschäftigten eingefroren werden.
- Das 13. und 14. Gehalt der Beschäftigten und Rentner sollte abgeschafft, bzw. radikal gekürzt werden.
- Die Mindestbeschäftigungsdauer, die zur Inanspruchnahme der Rente erforderlich war, sollte auf 40 Jahre angehoben werden.
- Die Preise für Benzin, Tabak- und Alkoholprodukte wurden im Schnitt sofort um 10% angehoben.
- Die Mehrwertsteuer, die bereits ein Jahr zuvor von 19 auf 21 % erhöht worden war, sollte nun auf 23 % angehoben werden.
- Die öffentlichen Ausgaben sollten zurückgefahren werden.
- Der Transport- und der Energiemarkt, die nicht nur für inländische griechische Konzerne sondern auch für ausländische Multis enorme Profitraten versprachen, sollten umgehend liberalisiert werden.
- Einer weiteren Forderung der Gläubiger entsprechend sollte der Arbeitsmarkt, in erster Linie die Kündigungsbestimmungen, dereguliert werden.

Die Empörung der ArbeiterInnenklasse und weiterer werktätiger Klassen Griechenlands über diese massive Offensive des Kapitals war enorm. Mehrmals traten die Arbeiter und Arbeiterinnen Griechenlands in den Generalstreik, legten die gesamte griechische Wirtschaft weitgehend lahm. Die Studierenden, z.T. auch Schüler/innen, wandten Boykottmaßnahmen an.

All die Aktionen der arbeitenden Menschen - der Rentner, der Studenten und der Schüler - bewiesen mehrmals, dass sie bereit waren gegen die drastischen Ausplünderungsmaßnahmen zu kämpfen und die Intensität ihres Widerstandes zu erhöhen. Die Vorstände der führenden Gewerkschaften Griechenlands, die politisch und nicht selten auch personell mit der regierenden sozialdemokratischen PASOK-Partei eng verbunden waren und die auf den konsequenten Reformismus geschworen hatten, führten die Aktionen der Arbeiter und Arbeiterinnen langsam, aber stetig zur Erlahmung.

Es scheint, als ob sowohl die griechische Regierung als auch die Hauptgläubiger Griechenlands es geschafft haben zu verhindern, dass Griechenland in eine politische Krise gerät.

Ob der trügerische Friede lange anhält, ist aufgrund der kritischen finanziellen und ökonomischen Lage der griechischen Wirtschaft sehr zu bezweifeln.

DIE DISKUSSIONEN ÜBER POLITISCHEN STREIK IN DER BRD UND DIE ERFAHRUNGEN IN GRIECHENLAND

Während innerhalb der Gewerkschaften in der BRD über die Zulässigkeit und die Funktion eines politischen Streiks und in diesem Zusammenhang auch über den Generalstreik noch diskutiert wird, wurden in Griechenland innerhalb nur eines Jahres – 2010 - sieben Generalstreiks durchgeführt, abgesehen von weiteren zahlreichen politischen Streiks vieler Belegschaften.

Nur allein die Tatsache, dass das von vielen Gewerkschaftsführungen in der BRD hoch gehaltene Grundgesetz den Generalstreik explizit nicht erwähnt und dass die sich auf das Grundgesetz stützende **Rechtsprechung** diesen für "verfassungswidrig" erklärt, zeigt den reaktionären Charakter des angeblich über allen Klassen stehenden Grundgesetzes der BRD.

Die Diskussion über den politischen Streik bzw. einen Generalstreik führt einerseits dahin, die politische Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu konzentrieren. Andererseits dient diese Debatte dazu, einem möglichen politischen Streik bzw. Generalstreik unter der Führung der Gewerkschaftsspitzen eine rechtliche Legitimität zu verschaffen! Beide Ziele dieser Auseinandersetzung sind wichtig und richtig. Aber es ist mehr als eine Illusion, zu glauben, dass

1. allein durch eine Diskussion über die rechtliche Zulässigkeit des politischen Streiks und durch die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse der Herrschaftsapparat des Kapitals inklusive des Verfassungsgerichts soweit unter Druck gesetzt werden kann, dass sie den politischen Streik bzw. den Generalstreik "für verfassungszulässig" erklären.
2. dieselben Gewerkschaftsspitzen, die selbst das Kampfmittel, den Streik überhaupt, dessen Verfassungskonformität außer Frage steht, nicht einmal annähernd als ein effektives Mittel einsetzen, von einer möglichen Legitimität eines politischen Streiks in der BRD tatsächlich ernsthaft Gebrauch machen würden.

Daher wäre eher eine Orientierung dahingehend dringend nötig, die Umsetzung eines politischen Streiks oder eines Generalstreiks in der BRD - ob mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts oder ohne, ob mit Genehmigung des Herrschaftsapparates des Kapitals oder ohne - auf die Tagesordnung zu setzen. Auch in der BRD kann in Bezug auf den politischen Streik nur durch die "Überzeugungskraft der Tat" eine "europäische Normalität" erreicht werden. Nur durch das Diktat der Tat kann das Kapital vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Ali Osman Basegmez, Februar 2011